

Bundesgesetzblatt ²¹⁹⁷

Teil I

G 5702

1999

Ausgegeben zu Bonn am 24. November 1999

Nr. 51

Tag	Inhalt	Seite
19. 11. 99	Gesetz über die Anpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Bund und Ländern 1999 (Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetz 1999 – BBVAnpG 99) FNA: neu: 2032-12-23; 2032-1, 2030-25, 53-4, 2032-23 GESTA: B024	2198
8. 11. 99	Vierte Verordnung zur Änderung der Spielverordnung FNA: 7103-1	2202
12. 11. 99	Sechzehnte Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Ausführung des Personenstandsgesetzes FNA: 211-1-1	2203
17. 11. 99	Zweite Verordnung zur Änderung der Düngemittelverordnung FNA: 7820-6	2206
22. 11. 99	Bekanntmachung nach Artikel 4 Abs. 2 des Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungs- gesetzes 1999 und nach § 2 Abs. 1 und § 3 Abs. 2 der Zweiten Besoldungs-Übergangsverordnung FNA: neu: 2032-12-23-1	2207
<hr/>		
Hinweis auf andere Verkündungsblätter		
	Bundesgesetzblatt Teil II Nr. 30	2227
	Rechtsvorschriften der Europäischen Gemeinschaften	2227

**Gesetz
über die Anpassung von Dienst-
und Versorgungsbezügen in Bund und Ländern 1999
(Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetz 1999 – BBVAnpG 99)**

Vom 19. November 1999

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Teil 1

Anpassung von Dienst-
und Versorgungsbezügen

Artikel 1

Dienst- und Versorgungsbezüge

(1) Um 2,9 vom Hundert werden ab 1. Juni 1999 erhöht die in den Anlagen IV, V und IX des Bundesbesoldungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. Dezember 1998 (BGBl. I S. 3434) ausgewiesenen Beträge

1. der Grundgehaltssätze (Anlage IV),
2. des Familienzuschlags mit Ausnahme der Erhöhungsbeträge (Anlage V),
3. der Amtszulagen und der allgemeinen Stellenzulagen nach Vorbemerkung Nummer 27 der Bundesbesoldungsordnungen A und B sowie nach Vorbemerkung Nummer 2b der Bundesbesoldungsordnung C.

(2) Bei Versorgungsempfängern gilt die Erhöhung nach Absatz 1 entsprechend für die in Artikel 2 § 2 Abs. 1 bis 5 des Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetzes 1995 vom 18. Dezember 1995 (BGBl. I S. 1942) genannten Bezügebestandteile sowie für die in Absatz 1 Nr. 3 aufgeführten allgemeinen Stellenzulagen.

(3) Versorgungsbezüge, deren Berechnung ein Ortszuschlag nach dem Bundesbesoldungsgesetz in der bis zum 30. Juni 1997 geltenden Fassung nicht zugrunde liegt, werden um 2,8 vom Hundert erhöht, wenn der Versorgungsfall vor dem 1. Juli 1997 eingetreten ist. Satz 1 gilt entsprechend für Hinterbliebene eines vor dem 1. Juli 1997 vorhandenen Versorgungsempfängers. Versorgungsbezüge, die in festen Beträgen festgesetzt sind,

wie auch der Betrag nach Artikel 13 § 2 Abs. 4 des Fünften Gesetzes zur Änderung besoldungsrechtlicher Vorschriften vom 28. Mai 1990 (BGBl. I S. 967) werden ebenfalls um 2,8 vom Hundert erhöht.

(4) Die Erhöhungssätze nach den Absätzen 1 bis 3 sind nach § 14a des Bundesbesoldungsgesetzes um 0,2 vom Hundert vermindert.

(5) Für Empfänger von Bezügen der Besoldungsordnungen B, der Besoldungsgruppen C 4 und R 3 bis R 10 sowie entsprechender fortgeltender landesrechtlicher Besoldungsgruppen gilt die Erhöhung nach den vorstehenden Absätzen erst ab 1. Januar 2000.

Artikel 2

Sonstige Bezüge

(1) Die Erhöhung nach Artikel 1 gilt entsprechend für

1. die in Artikel 2 § 1 (fortgeltende landesrechtliche Vorschriften) des Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetzes 1995 vom 18. Dezember 1995 (BGBl. I S. 1942) genannten Bezüge, die zuletzt durch Artikel 2 Abs. 1 Nr. 1 des Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetzes 1998 vom 6. August 1998 (BGBl. I S. 2026) angepasst worden sind,
2. die Beträge der Erschwerniszulagen nach § 4 Abs. 1 Nr. 1 und § 17 der Erschwerniszulagenverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. Dezember 1998 (BGBl. I S. 3497),
3. die Beträge der Mehrarbeitsvergütung nach § 4 Abs. 1 und 3 der Verordnung über die Gewährung von Mehrarbeitsvergütung für Beamte in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. Dezember 1998 (BGBl. I S. 3494),
4. die Bemessungsgrundlagen der Zulagen, Aufwandsentschädigungen und anderen Bezüge nach Artikel 14 § 4 Abs. 1 und § 5 des Reformgesetzes vom 24. Februar

1997 (BGBl. I S. 322); Artikel 2 Abs. 4 des Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetzes 1998 vom 6. August 1998 (BGBl. I S. 2026) bleibt unberührt,

5. die Anrechnungsbeträge nach Artikel 14 § 4 Abs. 2 des Reformgesetzes vom 24. Februar 1997 (BGBl. I S. 322),
6. die Beträge der Amtszulagen nach der Anlage 2 der Verordnung zur Überleitung in die im Zweiten Gesetz zur Vereinheitlichung und Neuregelung des Besoldungsrechts in Bund und Ländern geregelten Ämter und über die künftig wegfallenden Ämter vom 1. Oktober 1975 (BGBl. I S. 2608), zuletzt geändert durch Artikel 9 des Gesetzes vom 24. März 1997 (BGBl. I S. 590).

(2) Um 2,46 vom Hundert werden die Beträge in den Anlagen VIa bis VII des Bundesbesoldungsgesetzes in der in Artikel 1 Abs. 1 bezeichneten Fassung erhöht.

(3) Die Anwärterbezüge in der Anlage VIII des Bundesbesoldungsgesetzes in der in Artikel 1 Abs. 1 bezeichneten Fassung werden ab 1. März 1999 um 2,9 vom Hundert erhöht.

(4) Bei Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezügen ein Grundgehalt der Besoldungsgruppen A 1 bis A 8 oder ein Grundgehalt nach Zwischenbesoldungsgruppen zugrunde liegt, vermindert sich das Grundgehalt um 85,87 Deutsche Mark, wenn ihren ruhegehaltfähigen Dienstbezügen die Stellenzulage nach der Vorbemerkung Nummer 27 Abs. 1 Buchstabe a oder b zu den Bundesbesoldungsordnungen A und B (Anlage I des Bundesbesoldungsgesetzes) bei Eintritt in den Ruhestand nicht zugrunde gelegen hat.

Artikel 3 Einmalzahlung

§ 1

Empfänger von Dienstbezügen

(1) Beamte, Richter und Soldaten in den Besoldungsgruppen A 1 bis A 16, C 1 bis C 3, R 1 und R 2 sowie in fortgeltenden entsprechenden landesrechtlichen Vorschriften erhalten für die Monate März bis Mai 1999 eine einmalige Zahlung in Höhe von 300 Deutschen Mark; sie vermindert sich um 100 Deutsche Mark für jeden dieser Kalendermonate, für den kein Anspruch auf Dienstbezüge besteht oder bereits aus einem anderen Rechtsverhältnis im öffentlichen Dienst (§ 40 Abs. 6 des Bundesbesoldungsgesetzes) eine einmalige Zahlung gewährt worden ist. § 2 Abs. 1 der Zweiten Besoldungs-Übergangsverordnung gilt entsprechend.

(2) Werden Dienstbezüge anteilig gewährt, gilt dies entsprechend für die einmalige Zahlung. Die §§ 7 und 54 des Bundesbesoldungsgesetzes sind entsprechend anzuwenden.

(3) Maßgebend für die Bestimmung des anspruchsberechtigten Personenkreises nach Absatz 1 und für Absatz 2 sind die Verhältnisse am 1. März 1999. Soweit an diesem Tag kein Anspruch auf Dienstbezüge bestanden hat, ist maßgebend der erste Tag mit Anspruch auf Dienstbezüge im Zeitraum nach Absatz 1. Der Anspruch auf die einmalige Zahlung richtet sich gegen den Dienstherrn, der die Dienstbezüge an dem Stichtag zu zahlen hat.

(4) Treten nach der Zahlung Umstände ein, die zu einer Verminderung nach Absatz 1 führen, ist der nicht zustehende Teilbetrag zurückzuzahlen. Die einmalige Zahlung steht nicht zu, wenn der Empfänger von Dienstbezügen vor dem 1. Mai 1999 auf Antrag oder aus seinem Verschulden für den Zeitraum nach Absatz 1 aus dem öffentlichen Dienst (§ 40 Abs. 6 Bundesbesoldungsgesetz) ausscheidet.

§ 2

Versorgungsempfänger

(1) Empfänger von laufenden Versorgungsbezügen der Besoldungsgruppen A 1 bis A 16, C 1 bis C 3, R 1 und R 2, fortgeltender entsprechender landesrechtlicher Besoldungsgruppen sowie entsprechender Grundvergütungen erhalten für die Monate März bis Mai 1999 eine einmalige Zahlung in Höhe des Betrages, der sich nach dem jeweiligen maßgebenden Ruhegehaltssatz und den Anteilssätzen des Witwen- und Waisengeldes sowie des Unterhaltsbeitrages aus den sich aus § 1 Abs. 1 ergebenden Beträgen berechnet; der Betrag vermindert sich um ein Drittel für jeden der vorgenannten Kalendermonate, für den kein Anspruch auf Versorgung oder für den ein Anspruch aus einem Dienstverhältnis besteht.

(2) Empfänger von laufenden Versorgungsbezügen im Sinne des Artikels 1 Abs. 3 erhalten 180 Deutsche Mark, Witwen und versorgungsberechtigte geschiedene Ehegatten 108 Deutsche Mark, Empfänger von Vollwaisengeld 36 Deutsche Mark und Empfänger von Halbwaisengeld 21,60 Deutsche Mark, wenn die zugrunde liegenden Versorgungsbezüge höchstens 7 326,71 Deutsche Mark betragen. Bei Hinterbliebenen ist als Betrag der zugrunde liegenden Versorgungsbezüge im Sinne des Satzes 1 der sich nach den Anteilssätzen des Witwen- und Waisengeldes ergebende anteilige Betrag anzusetzen. Die in Satz 1 genannten Beträge für die einmalige Zahlung vermindern sich um ein Drittel für jeden der vorgenannten Kalendermonate, für den kein Anspruch auf Versorgung oder für den ein Anspruch aus einem Dienstverhältnis besteht.

(3) Zu den laufenden Versorgungsbezügen im Sinne der Absätze 1 und 2 gehören auch der Ausgleich und der Mindestbelassungsbetrag nach Artikel 2 § 2 Abs. 1 bis 3 und Artikel 3 § 3 Abs. 2 bis 4 des 2. Haushaltsstrukturgesetzes. Bei Empfängern von Mindestversorgungsbezügen gilt der jeweils maßgebende Mindestruhegehaltssatz; Absatz 2 ist im Falle der Gewährung von Mindestversorgung nicht anzuwenden. Empfänger von Ausgleichsbezügen nach § 11a Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 des Soldatenversorgungsgesetzes erhalten die einmalige Zahlung nach § 1.

(4) § 1 Abs. 4 Satz 1 gilt entsprechend.

§ 3

Zahlung

(1) Die einmalige Zahlung wird für jeden Berechtigten nur einmal gewährt. Sie bleibt bei sonstigen Besoldungs- und Versorgungsleistungen unberücksichtigt. Bei mehreren Dienstverhältnissen gilt § 5 des Bundesbesoldungsgesetzes entsprechend.

(2) Der Anspruch aus einem Dienstverhältnis geht dem Anspruch aus dem Rechtsverhältnis als Versorgungsempfänger vor. Der Anspruch aus einem späteren Rechtsverhältnis als Versorgungsempfänger geht dem Anspruch aus einem früheren Rechtsverhältnis als Versorgungs-

empfänger vor. Beim Zusammentreffen von Ruhegehalt mit Hinterbliebenenversorgung bemisst sich die einmalige Zahlung nach dem Ruhegehalt; sie wird neben dem Ruhegehalt gezahlt. Ruhens- und Anrechnungsvorschriften sowie Vorschriften über die anteilige Kürzung finden keine Anwendung.

(3) Im Sinne der Absätze 1 und 2 stehen der einmaligen Zahlung entsprechende Leistungen aus einem anderen Rechtsverhältnis im öffentlichen Dienst (§ 40 Abs. 6 des Bundesbesoldungsgesetzes) nach diesen Vorschriften gleich, auch wenn die Regelungen im Einzelnen nicht übereinstimmen. Dem öffentlichen Dienst im Sinne des Satzes 1 steht der Dienst bei öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften und ihren Verbänden gleich.

Artikel 4 **Berechnungs- und Anpassungsvorschriften**

(1) Bei der Berechnung der Erhöhungen nach den Artikeln 1 und 2 sowie den Berechnungen nach Artikel 3 sind sich ergebende Bruchteile eines Pfennigs unter 0,5 abzurunden und Bruchteile von 0,5 und mehr aufzurunden; abweichend davon sind die Beträge der Stufe 1 des Familienzuschlags oder der diesem Bezügebestandteil entsprechende Betrag auf den nächsten Pfennig zu erhöhen, soweit der ermittelte Betrag nicht durch zwei teilbar ist. Abweichend von Satz 1 sind bei den Erhöhungen nach Artikel 2 Abs. 2 sich ergebende Bruchteile einer Deutschen Mark entsprechend auf volle Deutsche Mark auf- oder abzurunden.

(2) Das Bundesministerium des Innern macht die sich nach Artikel 1, Artikel 2 Abs. 2 und 3 ergebenden Anlagen des Bundesbesoldungsgesetzes im Bundesgesetzblatt bekannt.

Teil 2

Änderung sonstiger Vorschriften

Artikel 5 **Änderung des Bundesbesoldungsgesetzes**

In § 73 Satz 1 des Bundesbesoldungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. Dezember 1998 (BGBl. I S. 3434) wird die Zahl „1999“ durch die Zahl „2002“ ersetzt.

Artikel 6 **Änderung des Beamtenversorgungsgesetzes**

In § 107a Abs. 1 Satz 1 des Beamtenversorgungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. März 1999 (BGBl. I S. 322, 847, 2033) wird die Zahl „1999“ durch die Zahl „2002“ ersetzt.

Artikel 7 **Änderung des Soldatenversorgungsgesetzes**

In § 92a Satz 1 des Soldatenversorgungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 6. Mai 1999 (BGBl. I S. 882, 1491), wird die Zahl „1999“ durch die Zahl „2002“ ersetzt.

Artikel 8 **Änderung der Zweiten Besoldungs- Übergangsverordnung**

In § 14 Abs. 3 der Zweiten Besoldungs-Übergangsverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. November 1997 (BGBl. I S. 2764), die zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 6. August 1998 (BGBl. I S. 2026) geändert worden ist, wird die Zahl „1999“ durch die Zahl „2002“ ersetzt.

Teil 3

Übergangs- und Schlussvorschriften

Artikel 9 **Umsetzung der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Familienzuschlag für dritte und weitere Kinder für die Vergangenheit und die Jahre 1999 und 2000**

§ 1

Nachzahlungen für Kläger und Widerspruchsführer im Zeitraum bis 1998

(1) Die Kläger der Ausgangsverfahren der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 24. November 1998 – 2 BvL 26/91 u. a. – erhalten für den Zeitraum vom 1. Januar 1988 bis 31. Dezember 1998 für das dritte und jedes weitere in ihrem Ortszuschlag bzw. Familienzuschlag zu berücksichtigende Kind monatliche Erhöhungsbeträge, die sich auf der Grundlage von 115 vom Hundert des jeweiligen durchschnittlichen sozialhilferechtlichen Gesamtbedarfs eines Kindes der in der genannten Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts bestimmten Maßgaben errechnen. Satz 1 gilt auch für Kläger und Widerspruchsführer, die ihren Anspruch innerhalb des genannten Zeitraums geltend gemacht haben, ohne dass über ihren Anspruch schon abschließend entschieden worden ist. In den Fällen der Sätze 1 und 2 erfolgt die Nachzahlung frühestens mit Wirkung ab dem 1. Januar des Haushaltsjahres, in dem das Vorverfahren begonnen hat. Das Bundesministerium des Innern wird ermächtigt, auf der Grundlage der vom Bundesverfassungsgericht bezifferten Beträge und zugrunde gelegten Vergleichsberechnungen die Erhöhungsbeträge bekannt zu machen.

(2) Absatz 1 gilt entsprechend für Versorgungsempfänger, denen innerhalb des in Absatz 1 bezeichneten Zeitraums ein Unterschiedsbetrag nach § 50 Abs. 1 Satz 2 des Beamtenversorgungsgesetzes oder nach § 47 Abs. 1 Satz 2 des Soldatenversorgungsgesetzes für dritte und weitere Kinder zustand.

(3) Die Erhöhungsbeträge gelten nicht als steuerpflichtige Einnahmen im Sinne des Einkommensteuergesetzes.

§ 2

Erhöhung des Familien- zuschlags für die Jahre 1999 und 2000

Der Familienzuschlag nach Anlage V des Bundesbesoldungsgesetzes wird für die Jahre 1999 und 2000 für das dritte und jedes weitere zu berücksichtigende Kind um je 200 DM erhöht.

Artikel 10

Neubekanntmachungserlaubnisse

Das Bundesministerium des Innern kann den Wortlaut des Bundesbesoldungsgesetzes und den Wortlaut der durch Artikel 2 Abs. 1 Nr. 2 und 3 sowie Artikel 8 geänderten Verordnungen in der Fassung, die am ersten Tage des auf die Verkündung dieses Gesetzes folgenden Kalendermonats gilt, im Bundesgesetzblatt bekannt machen.

Artikel 11

**Rückkehr zum
einheitlichen Verordnungsrang**

Die auf Artikel 2 Abs. 1 Nr. 2 und 3 sowie Artikel 8 beruhenden Teile der dort geänderten Rechtsverordnungen

können auf Grund der jeweils einschlägigen Ermächtigung durch Rechtsverordnungen geändert werden.

Artikel 12

Inkrafttreten

(1) Dieses Gesetz tritt vorbehaltlich des Absatzes 2 mit Wirkung vom 1. März 1999 in Kraft.

(2) Abweichend von Absatz 1 treten Artikel 9 § 2 am 1. Januar 1999, Artikel 1, Artikel 2 Abs. 1, 2 und 4 am 1. Juni 1999 und Artikel 9 § 1 am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Berlin, den 19. November 1999

Der Bundespräsident
Johannes Rau

Der Bundeskanzler
Gerhard Schröder

Der Bundesminister des Innern
Schily

Der Bundesminister der Finanzen
Hans Eichel

Vierte Verordnung zur Änderung der Spielverordnung

Vom 8. November 1999

Auf Grund des § 33f Abs. 2 Nr. 1 Buchstabe b in Verbindung mit § 60a Abs. 2 Satz 4 der Gewerbeordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. Februar 1999 (BGBl. I S. 202), in Verbindung mit Artikel 56 Abs. 1 des Zuständigkeitsanpassungs-Gesetzes vom 18. März 1975 (BGBl. I S. 705) und dem Organisationserlass vom 27. Oktober 1998 (BGBl. I S. 3288) sowie in Verbindung mit dem 2. Abschnitt des Verwaltungskostengesetzes vom 23. Juni 1970 (BGBl. I S. 821), verordnet das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie im Einvernehmen mit dem Bundesministerium des Innern:

Artikel 1

§ 17 der Spielverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 11. Dezember 1985 (BGBl. I S. 2245), die zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 20. Dezember 1993 (BGBl. I S. 2254) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In Absatz 2 Satz 2 werden
 - a) in Nummer 1 die Angabe „106,- DM“ durch die Angabe „133,- DM“
 - b) in Nummer 2 die Angabe „88,- DM“ durch die Angabe „110,- DM“ und
 - c) in Nummer 3 die Angabe „74,- DM“ durch die Angabe „93,- DM“ ersetzt.

2. In Absatz 3 Satz 1 werden
 - a) die Angabe „5 000 Deutsche Mark“ durch die Angabe „8 000 Deutsche Mark“ und
 - b) die Angabe „500 Deutsche Mark“ durch die Angabe „800 Deutsche Mark“ ersetzt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am ersten Tage des auf die Verkündung folgenden Monats in Kraft.

Der Bundesrat hat zugestimmt.

Berlin, den 8. November 1999

Der Bundesminister
für Wirtschaft und Technologie
Müller

Sechzehnte Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Ausführung des Personenstandsgesetzes

Vom 12. November 1999

Das Bundesministerium des Innern verordnet auf Grund des § 70 Nr. 1, 5 und 11 des Personenstandsgesetzes in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 211-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, der zuletzt durch Artikel 3 § 9 des Gesetzes vom 15. Juli 1999 (BGBl. I S. 1618) geändert worden ist, auf Grund des Artikels 2 Abs. 1 des Gesetzes zu dem Übereinkommen vom 8. September 1976 über die Ausstellung mehrsprachiger Auszüge aus Personenstandsbüchern vom 16. April 1997 (BGBl. 1997 II S. 774), auf Grund des Artikels 2 Abs. 1 des Gesetzes zu dem Übereinkommen vom 5. September 1980 über die Ausstellung von Ehefähigkeitszeugnissen vom 5. Juni 1997 (BGBl. 1997 II S. 1086) im Benehmen mit dem Bundesministerium der Justiz sowie auf Grund des § 4 Abs. 3 des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 102-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, der durch Artikel 1 Nr. 3 des Gesetzes vom 15. Juli 1999 (BGBl. I S. 1618) eingefügt worden ist:

Artikel 1

Die Verordnung zur Ausführung des Personenstandsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 25. Februar 1977 (BGBl. I S. 377), zuletzt geändert durch die Verordnung vom 25. Mai 1998 (BGBl. I S. 1138), wird wie folgt geändert:

1. § 2a wird wie folgt geändert:
 - a) Absatz 1 wird aufgehoben.
 - b) Die Absatzbezeichnung „(2)“ wird gestrichen.
2. In § 11 Abs. 2 Satz 1 werden nach dem Wort „Reisepass“ die Wörter „, einen Personalausweis mit Angabe der Staatsangehörigkeit“ eingefügt.
3. Es wird folgender neue § 26 eingefügt:

„§ 26

(1) Zur Prüfung, ob ein Kind ausländischer Eltern durch die Geburt die deutsche Staatsangehörigkeit nach § 4 Abs. 3 des Staatsangehörigkeitsgesetzes erworben hat, verlangt der Standesbeamte bei der Anzeige der Geburt Angaben darüber, ob ein Elternteil eine Aufenthaltsberechtigung oder seit drei Jahren eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis besitzt.

(2) Sind nach den gemachten Angaben die Voraussetzungen hinsichtlich des Aufenthaltstitels (Absatz 1) erfüllt, so holt der Standesbeamte mit einem Vordruck, der als Anlage K – Anlage 28 – dieser Verordnung beigefügt ist, eine Auskunft der Ausländerbehörde darüber ein, ob die Angaben zutreffen und der Elternteil im Zeitpunkt der Geburt des Kindes seit acht Jahren rechtmäßig seinen gewöhnlichen Aufenthalt im Inland hatte. Der Vordruck der Anlage K kann maschinengerecht eingerichtet werden; dabei können die äußere Form und die Zeilenaufteilung verändert sowie Anschriftenfelder aufgenommen werden. Die Auskunft ist auch dann einzuholen, wenn die Eltern keine Angaben über ihre Aufenthaltsberechtigung oder -erlaubnis

machen oder der Standesbeamte Zweifel an der Richtigkeit der Angaben hat; in diesem Fall sind die Angaben für beide Elternteile abzufragen.

(3) Hat die Prüfung durch den Standesbeamten ergeben, dass das Kind durch die Geburt die deutsche Staatsangehörigkeit erworben hat, so hält der Standesbeamte dies in dem Aktenvermerk des Vordrucks der Anlage K fest. Der Vordruck ist nach Eintragung des Hinweises (§ 34) zu den Sammelakten des Geburtseintrags zu nehmen.

(4) In der Mitteilung an die Meldebehörde über die Geburt des Kindes hat der Standesbeamte die von ihm in das Geburtenbuch eingetragenen Staatsangehörigkeiten des Kindes (§ 34) und der Eltern (§ 21 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes) anzugeben.

(5) Die Absätze 1 bis 4 gelten entsprechend für den Fall, dass zu dem Geburtseintrag des Kindes ein Randvermerk über die Anerkennung oder die Feststellung der Vaterschaft einzutragen ist.“

4. Es wird folgender neue § 34 eingefügt:

„§ 34

Hat die Prüfung nach § 26 ergeben, dass das Kind durch die Geburt die deutsche Staatsangehörigkeit erworben hat, so weist der Standesbeamte am unteren Rand des Geburtseintrags auf den Erwerb hin.“

5. § 64 Abs. 4 wird wie folgt gefasst:

„(4) In die mehrsprachigen Auszüge sind Personen, die einen Ehenamen führen, mit diesem Namen einzutragen, gegebenenfalls unter Beifügung eines vorangestellten oder angefügten Begleitnamens; für die Beifügung des Geburtsnamens gilt § 9 Abs. 1.“

6. § 70 Abs. 4 wird wie folgt gefasst:

„(4) Führt ein Verlobter einen Ehenamen, so ist er in Feld 5 des Formblatts mit diesem Namen einzutragen, gegebenenfalls unter Beifügung eines vorangestellten oder angefügten Begleitnamens; für die Beifügung des Geburtsnamens gilt § 9 Abs. 1.“

7. § 75 wird gestrichen.

8. Die amtlichen Vordrucke (Anlagen zur PStV) werden wie folgt geändert:

a) In den Anlagen „B“ – Anlage 2 – (zu § 1), „B 1“ – Anlage 11 – (zu § 53) – und „Ern. B“ – Anlage 14 – (zu § 57) wird im Vordruckteil für die Hinweise unterhalb des Geburtseintrags an Nummer 1 eine Leerzeile für die Aufnahme eines Hinweises über den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch das Kind (§ 34) angefügt.

b) Folgende neue Anlage „K“ – Anlage 28 – (zu § 26) wird angefügt:

Anlage 28

(zu § 26)

K

Standesamt Geburtenbuch Nr.

An die Ausländerbehörde

Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit § 4 Abs. 3 StAG, § 26 PStV	
Ich habe nach § 26 PStV zu prüfen, ob das nachfolgend genannte Kind gem. § 4 Abs. 3 StAG die deutsche Staatsangehörigkeit erworben hat.	
Kind	Familienname, Vornamen
	Geburtstag und -ort
Eltern Mutter	Familienname, Geburtsname, Vornamen, Anschrift (Straße, Nr., PLZ, Ort)
	Geburtstag und -ort
	Staatsangehörigkeit
	Aufenthaltstitel und Nachweis <input type="checkbox"/> Aufenthaltsberechtigung <input type="checkbox"/> Aufenthaltserlaubnis, seit 3 Jahren unbefristet <input type="checkbox"/> unbekannt <input type="checkbox"/> Vorgelegte Unterlagen <input type="checkbox"/> Angaben der Eltern oder des Anzeigenden
Vater	Familienname, Geburtsname, Vornamen, Anschrift (Straße, Nr., PLZ, Ort)
	Geburtstag und -ort
	Staatsangehörigkeit
	Aufenthaltstitel und Nachweis <input type="checkbox"/> Aufenthaltsberechtigung <input type="checkbox"/> Aufenthaltserlaubnis, seit 3 Jahren unbefristet <input type="checkbox"/> unbekannt <input type="checkbox"/> Vorgelegte Unterlagen <input type="checkbox"/> Angaben der Eltern oder des Anzeigenden
Ich bitte zu prüfen, ob ein Elternteil zum Zeitpunkt der Geburt des Kindes eine Aufenthaltsberechtigung oder seit drei Jahren eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis besessen hat und seit mindestens acht Jahren ununterbrochen rechtmäßig seinen gewöhnlichen Aufenthalt im Inland hatte.	
PLZ, Ort, Datum	Der Standesbeamte

Ausländerbehörde		
Urschriftlich zurück an das Standesamt		
Bestätigung: Zum Zeitpunkt der Geburt des Kindes hatte	die Mutter	der Vater
- eine Aufenthaltsberechtigung	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
- seit drei Jahren eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
- seit acht Jahren im Inland ununterbrochen rechtmäßigen Aufenthalt	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
gewöhnlichen Aufenthalt	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
Bemerkung (Zusätzliche Angaben sind nur erforderlich, falls bei Mutter oder Vater nein angekreuzt wurde.)		
PLZ, Ort, Datum	Im Auftrag	

Vermerk (§ 26 Abs. 3 PStV)	
Erwerb	Nach meiner Prüfung hat das Kind gem. § 4 Abs. 3 StAG die deutsche Staatsangehörigkeit <input type="checkbox"/> erworben <input type="checkbox"/> nicht erworben. Gründe:
	Der Hinweis über den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit gem. § 4 Abs. 3 StAG wurde am eingetragen.
Datum	Der Standesbeamte

Artikel 2

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 2000 in Kraft.

Der Bundesrat hat zugestimmt.

Berlin, den 12. November 1999

Der Bundesminister des Innern
Schily

Zweite Verordnung zur Änderung der Düngemittelverordnung*)

Vom 17. November 1999

Auf Grund des § 2 Abs. 2 und der §§ 3 und 5 Abs. 1 des Düngemittelgesetzes vom 15. November 1977 (BGBl. I S. 2134), die zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 27. September 1994 (BGBl. I S. 2705) geändert worden sind, verordnet das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:

Artikel 1

Die Düngemittelverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 4. August 1999 (BGBl. I S. 1758) wird wie folgt geändert:

1. In § 1 Abs. 4 wird das Datum „31. Oktober 1999“ durch das Datum „31. Dezember 2001“ ersetzt.

1a. § 9 Abs. 1 wird gestrichen.

2. Anlage 1 wird wie folgt geändert:

a) In Vorbemerkung 4 Nr. 1 wird in der Tabelle nach Position 3 folgende Position angefügt:

1	2
„4. 3,4-Dimethylpyrazolosphat	0,8“.

b) Abschnitt 1 wird wie folgt geändert:

aa) In Nummer 1.7 werden in den Positionen „Crotonylidendiharnstoff“ und „Isobutylidendiharnstoff“ jeweils in Spalte 4 nach den Worten „mindestens 25 %“ die Worte „der Gesamtmasse“ eingefügt.

bb) In Nummer 3.3 wird die Position „Kalium-Sulfat-Lösung“ wie folgt geändert:

aaa) In Spalte 1 wird die Typenbezeichnung wie folgt gefasst:
„Kaliumsulfat-Lösung“.

bbb) In Spalte 3 werden die Worte „wasserlösliches Schwefelsäureanhydrid“ durch die Worte „wasserlöslicher Schwefel“ ersetzt.

cc) In Nummer 5.2 werden in den Positionen „Magnesiumsulfat“, „Magnesiumsulfat-Lösung“ und „Kieserit“ jeweils in Spalte 3 die Worte „wasserlösliches Schwefelsäureanhydrid“ durch „wasserlöslicher Schwefel“ ersetzt.

c) In Abschnitt 4 Buchstabe A Nr. 2 werden in Spalte 1 jeweils die Worte „und Organisch-mineralischen Mischdünger“ gestrichen.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft. Abweichend hiervon tritt Artikel 1 Nr. 1 mit Wirkung vom 30. Oktober 1999 in Kraft.

*) Die Verpflichtungen aus der Richtlinie 98/34/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Juni 1998 über ein Informationsverfahren auf dem Gebiet der Normen und technischen Vorschriften (ABl. EG Nr. L 204 S. 37), geändert durch die Richtlinie 98/48/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juli 1998 (ABl. EG Nr. L 217 S. 18), sind beachtet worden.

Der Bundesrat hat zugestimmt.

Bonn, den 17. November 1999

Der Bundesminister
für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
In Vertretung
Martin Wille

**Bekanntmachung
nach Artikel 4 Abs. 2 des Bundesbesoldungs- und
-versorgungsanpassungsgesetzes 1999 und nach § 2 Abs. 1
und § 3 Abs. 2 der Zweiten Besoldungs-Übergangsverordnung**

Vom 22. November 1999

Auf Grund des Artikels 4 Abs. 2 des Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetzes 1999 vom 19. November 1999 (BGBl. I S. 2198) und des § 13 der Zweiten Besoldungs-Übergangsverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. November 1997 (BGBl. I S. 2764) werden bekannt gemacht

1. in den Anlagen 1 bis 3i, 4 und 5 die sich nach Artikel 1 und Artikel 2 Abs. 2 und 3 des eingangs genannten Gesetzes zum 1. März 1999, zum 1. Juni 1999 und zum 1. Januar 2000 ergebenden Anlagen IV bis VII, VIII und IX des Bundesbesoldungsgesetzes,
2. in den Anlagen 6 bis 9 die sich zum 1. März 1999, zum 1. Juni 1999 und zum 1. Januar 2000 nach § 2 Abs. 1 und § 3 Abs. 2 der eingangs genannten Verordnung auf der Grundlage der Anlagen IV, V, VIII und IX des Bundesbesoldungsgesetzes ergebenden Dienst- und Anwärterbezüge.

Berlin, den 22. November 1999

Der Bundesminister des Innern
Schily

Anlage 1
(Anlage IV des BBesG)

Gültig ab 1. Juni 1999

1. Bundesbesoldungsordnung A

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	2-Jahres-Rhythmus				3-Jahres-Rhythmus				4-Jahres-Rhythmus			
	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1	2 515,56	2 580,15	2 644,74	2 709,33	2 773,93	2 838,52	2 903,10					
A 2	2 653,74	2 717,84	2 781,92	2 846,02	2 910,11	2 974,22	3 038,31					
A 3	2 764,43	2 832,63	2 900,83	2 969,03	3 037,23	3 105,43	3 173,63					
A 4	2 827,23	2 907,53	2 987,81	3 068,11	3 148,41	3 228,69	3 308,99					
A 5	2 850,07	2 952,87	3 032,76	3 112,63	3 192,51	3 272,39	3 352,27	3 432,15				
A 6	2 917,54	3 005,26	3 092,97	3 180,67	3 268,38	3 356,09	3 443,81	3 531,51	3 619,22			
A 7	3 045,78	3 124,61	3 234,97	3 345,34	3 455,69	3 566,06	3 676,41	3 755,24	3 834,07	3 912,92		
A 8		3 236,59	3 330,88	3 472,32	3 613,75	3 755,18	3 896,62	3 990,91	4 085,20	4 179,50	4 273,78	
A 9		3 448,32	3 541,09	3 692,02	3 842,98	3 993,92	4 144,87	4 248,64	4 352,41	4 456,18	4 559,95	
A 10		3 715,57	3 844,51	4 037,90	4 231,30	4 424,69	4 618,08	4 747,02	4 875,95	5 004,87	5 133,80	
A 11			4 283,08	4 481,25	4 679,41	4 877,58	5 075,75	5 207,86	5 339,97	5 472,09	5 604,21	5 736,31
A 12			4 606,26	4 842,53	5 078,78	5 315,04	5 551,32	5 708,82	5 866,33	6 023,83	6 181,35	6 338,85
A 13			5 184,74	5 439,88	5 695,00	5 950,13	6 205,26	6 375,34	6 545,43	6 715,52	6 885,60	7 055,69
A 14			5 396,12	5 726,96	6 057,80	6 388,64	6 719,47	6 940,04	7 160,61	7 381,17	7 601,73	7 822,29
A 15						7 025,44	7 389,19	7 680,19	7 971,18	8 262,18	8 553,17	8 844,17
A 16						7 759,38	8 180,07	8 516,61	8 853,18	9 189,72	9 526,28	9 862,83

Gültig ab 1. Januar 2000

2. Bundesbesoldungsordnung B**Grundgehaltssätze**
(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	
B 1	8 844,17
B 2	10 288,64
B 3	10 900,12
B 4	11 540,58
B 5	12 275,35
B 6	12 969,24
B 7	13 644,21
B 8	14 347,73
B 9	15 221,24
B 10	17 933,76
B 11	19 463,55

Anlage 2
(Anlage V des BBesG)

Gültig ab 1. Juni 1999 für die Besoldungsordnung A,
die Besoldungsgruppen C 1 bis C 3 sowie R 1 und R 2;
für die Besoldungsgruppen B 1 bis B 11, C 4 und R 3 bis R 10
ab 1. Januar 2000

Familienzuschlag
(Monatsbeträge in DM)

	Stufe 1 (§ 40 Abs. 1)	Stufe 2 (§ 40 Abs. 2)
Besoldungsgruppen A 1 bis A 8	180,36	342,42
übrige Besoldungsgruppen	189,42	351,48

Bei mehr als einem Kind erhöht sich der Familienzuschlag für das zweite zu berücksichtigende Kind um 162,06 DM, für das dritte und jedes weitere zu berücksichtigende Kind um 214,96 DM.

Erhöhungsbeträge für Besoldungsgruppen A 1 bis A 5

Der Familienzuschlag der Stufe 2 erhöht sich für das erste zu berücksichtigende Kind in den Besoldungsgruppen A 1 bis A 5 um je 10 DM, ab Stufe 3 für jedes weitere zu berücksichtigende Kind

in den Besoldungsgruppen A 1 bis A 3 um je 50 DM,

in Besoldungsgruppe A 4 um je 40 DM

und in Besoldungsgruppe A 5 um je 30 DM.

Soweit dadurch im Einzelfall die Besoldung hinter derjenigen aus einer niedrigeren Besoldungsgruppe zurückbleibt, wird der Unterschiedsbetrag zusätzlich gewährt.

Anrechnungsbetrag nach § 39 Abs. 2 Satz 1

- in den Besoldungsgruppen A 1 bis A 8: 167,70 DM
- in den Besoldungsgruppen A 9 bis A 12: 178,02 DM

Anlage 3a

(Anlage VIa des BBesG)

Gültig ab 1. Juni 1999 für die Besoldungsordnung A; für die Besoldungsordnung B ab 1. Januar 2000

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 2)
(Monatsbeträge in DM)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 8	1 600	1 887	2 180	2 469	2 762	3 053	3 342	3 635	3 922	4 215	4 505	4 795
A 9	1 880	2 192	2 503	2 816	3 130	3 441	3 754	4 067	4 378	4 690	5 001	5 314
A 10	2 123	2 450	2 773	3 098	3 422	3 748	4 072	4 396	4 718	5 042	5 368	5 692
A 11	2 311	2 651	2 988	3 327	3 665	4 003	4 343	4 680	5 020	5 357	5 696	6 033
A 12	2 573	2 931	3 290	3 649	4 007	4 367	4 725	5 084	5 443	5 802	6 162	6 520
A 13	2 829	3 203	3 574	3 948	4 320	4 693	5 066	5 439	5 813	6 184	6 558	6 930
A 14	3 090	3 476	3 862	4 248	4 634	5 021	5 406	5 791	6 177	6 564	6 949	7 334
A 15	3 452	3 870	4 286	4 703	5 120	5 537	5 953	6 372	6 788	7 206	7 622	8 039
A 16 bis B 2	3 648	4 085	4 524	4 961	5 400	5 837	6 275	6 713	7 151	7 590	8 027	8 464
B 3 und B 4	3 648	4 101	4 559	5 018	5 476	5 936	6 395	6 854	7 312	7 771	8 230	8 688
B 5 bis B 7	4 018	4 526	5 034	5 542	6 050	6 559	7 067	7 574	8 084	8 591	9 098	9 609
B 8 und höher	4 303	4 877	5 451	6 025	6 598	7 172	7 747	8 321	8 895	9 468	10 042	10 616

Anlage 3b

(Anlage VIb des BBesG)

Gültig ab 1. Juni 1999 für die Besoldungsordnung A; für die Besoldungsordnung B ab 1. Januar 2000

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 3)
(Monatsbeträge in DM)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 8	1 360	1 605	1 852	2 099	2 348	2 595	2 841	3 089	3 334	3 583	3 829	4 076
A 9	1 598	1 864	2 127	2 393	2 661	2 925	3 191	3 457	3 721	3 987	4 251	4 515
A 10	1 804	2 083	2 358	2 634	2 910	3 185	3 461	3 737	4 010	4 286	4 563	4 838
A 11	1 965	2 253	2 540	2 828	3 116	3 404	3 692	3 979	4 266	4 553	4 842	5 128
A 12	2 186	2 492	2 796	3 101	3 407	3 712	4 016	4 321	4 627	4 932	5 238	5 542
A 13	2 405	2 722	3 038	3 356	3 672	3 989	4 306	4 622	4 941	5 257	5 574	5 891
A 14	2 627	2 955	3 282	3 612	3 939	4 267	4 594	4 923	5 251	5 579	5 907	6 234
A 15	2 934	3 289	3 642	3 998	4 353	4 706	5 060	5 416	5 771	6 125	6 479	6 834
A 16 bis B 2	3 100	3 472	3 844	4 217	4 589	4 961	5 334	5 706	6 079	6 452	6 823	7 195
B 3 und B 4	3 100	3 487	3 876	4 266	4 655	5 045	5 436	5 825	6 215	6 605	6 994	7 384
B 5 bis B 7	3 416	3 846	4 279	4 711	5 142	5 575	6 007	6 439	6 871	7 303	7 734	8 167
B 8 und höher	3 658	4 146	4 634	5 122	5 610	6 096	6 584	7 072	7 559	8 047	8 535	9 024

Anlage 3c
(Anlage VIc des BBesG)

Gültig ab 1. Juni 1999 für die Besoldungsordnung A; für die Besoldungsordnung B ab 1. Januar 2000

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 4)
(Monatsbeträge in DM)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 8	1 121	1 321	1 527	1 729	1 933	2 136	2 340	2 545	2 746	2 951	3 154	3 357
A 9	1 316	1 534	1 752	1 970	2 191	2 409	2 628	2 846	3 065	3 282	3 501	3 719
A 10	1 487	1 715	1 941	2 170	2 396	2 624	2 850	3 077	3 304	3 530	3 757	3 985
A 11	1 618	1 855	2 092	2 329	2 567	2 802	3 039	3 276	3 513	3 749	3 987	4 223
A 12	1 800	2 052	2 302	2 555	2 805	3 056	3 308	3 558	3 810	4 062	4 313	4 565
A 13	1 980	2 241	2 502	2 763	3 025	3 285	3 546	3 807	4 069	4 329	4 591	4 851
A 14	2 164	2 434	2 703	2 973	3 244	3 514	3 784	4 054	4 324	4 594	4 864	5 134
A 15	2 416	2 708	3 000	3 293	3 584	3 877	4 168	4 460	4 752	5 044	5 336	5 627
A 16 bis B 2	2 554	2 860	3 166	3 472	3 780	4 086	4 392	4 699	5 005	5 314	5 619	5 925
B 3 und B 4	2 554	2 870	3 191	3 512	3 833	4 156	4 476	4 796	5 118	5 440	5 760	6 082
B 5 bis B 7	2 813	3 168	3 524	3 880	4 235	4 591	4 947	5 302	5 659	6 013	6 370	6 726
B 8 und höher	3 012	3 414	3 816	4 217	4 619	5 022	5 423	5 825	6 226	6 628	7 030	7 431

Anlage 3d
(Anlage VIId des BBesG)

Gültig ab 1. Juni 1999 für die Besoldungsordnung A; für die Besoldungsordnung B ab 1. Januar 2000

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 4)
– Unterkunft und Verpflegung –
(Monatsbeträge in DM)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 8	784	925	1 068	1 210	1 353	1 496	1 637	1 782	1 922	2 066	2 207	2 350
A 9	921	1 074	1 226	1 379	1 534	1 686	1 840	1 993	2 144	2 297	2 451	2 602
A 10	1 041	1 201	1 359	1 518	1 677	1 837	1 996	2 155	2 313	2 470	2 630	2 788
A 11	1 132	1 299	1 464	1 630	1 796	1 962	2 127	2 293	2 459	2 625	2 790	2 956
A 12	1 260	1 436	1 613	1 788	1 964	2 138	2 316	2 492	2 667	2 843	3 019	3 194
A 13	1 386	1 568	1 751	1 934	2 117	2 299	2 483	2 665	2 848	3 031	3 214	3 397
A 14	1 515	1 704	1 892	2 082	2 271	2 460	2 649	2 838	3 027	3 216	3 405	3 594
A 15	1 692	1 896	2 100	2 304	2 508	2 712	2 918	3 123	3 326	3 531	3 735	3 940
A 16 bis B 2	1 788	2 002	2 216	2 430	2 647	2 860	3 075	3 290	3 504	3 719	3 933	4 147
B 3 und B 4	1 788	2 009	2 235	2 459	2 683	2 908	3 134	3 358	3 583	3 807	4 033	4 258
B 5 bis B 7	1 969	2 217	2 466	2 715	2 965	3 214	3 463	3 712	3 961	4 210	4 459	4 707
B 8 und höher	2 109	2 389	2 671	2 952	3 234	3 514	3 796	4 077	4 359	4 639	4 921	5 202

Anlage 3e

(Anlage VIe des BBesG)

Gültig ab 1. Juni 1999 für die Besoldungsordnung A; für die Besoldungsordnung B ab 1. Januar 2000

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 4)– Unterkunft oder Verpflegung –
(Monatsbeträge in DM)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 8	952	1 123	1 297	1 469	1 643	1 816	1 990	2 164	2 334	2 508	2 680	2 854
A 9	1 119	1 304	1 490	1 675	1 863	2 047	2 235	2 419	2 605	2 790	2 975	3 161
A 10	1 263	1 457	1 650	1 844	2 036	2 231	2 422	2 615	2 807	3 000	3 194	3 387
A 11	1 375	1 577	1 779	1 980	2 181	2 382	2 584	2 784	2 986	3 187	3 389	3 590
A 12	1 531	1 744	1 958	2 171	2 384	2 597	2 812	3 025	3 239	3 452	3 665	3 880
A 13	1 683	1 906	2 126	2 349	2 571	2 791	3 014	3 236	3 458	3 680	3 902	4 124
A 14	1 839	2 070	2 297	2 527	2 757	2 987	3 216	3 445	3 675	3 905	4 134	4 365
A 15	2 054	2 301	2 550	2 798	3 047	3 295	3 543	3 791	4 039	4 287	4 536	4 783
A 16 bis B 2	2 171	2 430	2 692	2 952	3 213	3 473	3 734	3 994	4 255	4 515	4 776	5 036
B 3 und B 4	2 171	2 441	2 712	2 986	3 258	3 533	3 805	4 078	4 351	4 623	4 896	5 169
B 5 bis B 7	2 390	2 693	2 995	3 298	3 599	3 903	4 205	4 507	4 808	5 112	5 414	5 717
B 8 und höher	2 562	2 902	3 244	3 585	3 926	4 268	4 609	4 951	5 291	5 633	5 975	6 317

Anlage 3f

(Anlage VI f des BBesG)

Gültig ab 1. Juni 1999 für die Besoldungsordnung A; für die Besoldungsordnung B ab 1. Januar 2000

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 5)

(Monatsbeträge in DM)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 8	1 772	2 073	2 371	2 672	2 968	3 268	3 568	3 870	4 168	4 466	4 765	5 066
A 9	2 076	2 396	2 719	3 038	3 359	3 679	3 999	4 322	4 642	4 962	5 285	5 606
A 10	2 347	2 681	3 014	3 345	3 678	4 012	4 345	4 677	5 012	5 343	5 676	6 010
A 11	2 555	2 904	3 253	3 602	3 952	4 301	4 650	4 999	5 348	5 698	6 047	6 396
A 12	2 841	3 210	3 578	3 947	4 315	4 683	5 052	5 421	5 789	6 158	6 526	6 895
A 13	3 125	3 509	3 893	4 279	4 664	5 047	5 432	5 818	6 203	6 586	6 971	7 357
A 14	3 412	3 809	4 207	4 605	5 002	5 401	5 798	6 195	6 592	6 990	7 387	7 787
A 15	3 814	4 246	4 678	5 111	5 542	5 975	6 407	6 839	7 272	7 703	8 134	8 568
A 16 bis B 2	4 044	4 497	4 951	5 405	5 856	6 309	6 762	7 216	7 668	8 121	8 575	9 028
B 3 und B 4	4 045	4 522	4 998	5 473	5 949	6 425	6 901	7 377	7 853	8 329	8 805	9 280
B 5 bis B 7	4 510	5 033	5 556	6 080	6 603	7 126	7 649	8 173	8 695	9 219	9 742	10 266
B 8 und höher	4 865	5 455	6 046	6 638	7 229	7 819	8 411	9 001	9 592	10 185		

Anlage 3g
(Anlage VIg des BBesG)

Gültig ab 1. Juni 1999 für die Besoldungsordnung A; für die Besoldungsordnung B ab 1. Januar 2000

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 5)
(Monatsbeträge in DM)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 8	1 522	1 773	2 028	2 281	2 535	2 790	3 042	3 298	3 553	3 804	4 060	4 310
A 9	1 777	2 047	2 325	2 596	2 868	3 140	3 412	3 683	3 955	4 229	4 501	4 773
A 10	2 010	2 296	2 580	2 866	3 150	3 432	3 717	4 000	4 287	4 570	4 854	5 139
A 11	2 192	2 490	2 786	3 084	3 381	3 679	3 976	4 275	4 571	4 869	5 166	5 463
A 12	2 440	2 751	3 064	3 376	3 690	4 001	4 314	4 627	4 940	5 252	5 564	5 876
A 13	2 684	3 011	3 337	3 663	3 991	4 317	4 643	4 969	5 297	5 623	5 949	6 276
A 14	2 928	3 264	3 602	3 940	4 278	4 614	4 952	5 288	5 626	5 965	6 301	6 639
A 15	3 275	3 641	4 007	4 374	4 741	5 108	5 473	5 839	6 207	6 573	6 940	7 305
A 16 bis B 2	3 474	3 859	4 242	4 627	5 011	5 396	5 779	6 164	6 548	6 932	7 316	7 700
B 3 und B 4	3 483	3 886	4 290	4 694	5 097	5 502	5 906	6 309	6 713	7 118	7 522	7 925
B 5 bis B 7	3 884	4 328	4 774	5 218	5 663	6 107	6 552	6 996	7 442	7 886	8 331	8 776
B 8 und höher	4 195	4 696	5 199	5 700	6 203	6 704	7 206	7 708	8 209	8 711		

Anlage 3h
(Anlage VIh des BBesG)

Gültig ab 1. Juni 1999 für die Besoldungsordnung A; für die Besoldungsordnung B ab 1. Januar 2000

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 5)
(Monatsbeträge in DM)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 8	1 274	1 485	1 691	1 901	2 109	2 317	2 525	2 734	2 944	3 152	3 360	3 568
A 9	1 490	1 715	1 941	2 164	2 390	2 616	2 842	3 070	3 296	3 521	3 748	3 974
A 10	1 685	1 917	2 150	2 380	2 612	2 844	3 078	3 310	3 542	3 775	4 005	4 237
A 11	1 835	2 082	2 327	2 573	2 819	3 064	3 310	3 555	3 801	4 046	4 292	4 539
A 12	2 039	2 298	2 558	2 817	3 075	3 333	3 592	3 849	4 110	4 368	4 627	4 884
A 13	2 247	2 512	2 780	3 048	3 316	3 582	3 848	4 117	4 384	4 651	4 919	5 186
A 14	2 453	2 731	3 007	3 283	3 560	3 837	4 115	4 391	4 669	4 946	5 222	5 500
A 15	2 743	3 046	3 348	3 651	3 954	4 257	4 559	4 863	5 165	5 467	5 772	6 074
A 16 bis B 2	2 912	3 230	3 546	3 865	4 181	4 498	4 817	5 133	5 451	5 767	6 086	6 403
B 3 und B 4	2 920	3 253	3 586	3 919	4 252	4 585	4 919	5 251	5 585	5 917	6 251	6 583
B 5 bis B 7	3 263	3 629	3 994	4 360	4 725	5 090	5 455	5 821	6 186	6 551	6 917	7 282
B 8 und höher	3 530	3 944	4 360	4 775	5 189	5 605	6 020	6 433	6 849	7 265		

Anlage 3i
(Anlage VII des BBesG)

Gültig ab 1. Juni 1999 für die Besoldungsordnung A; für die Besoldungsordnung B ab 1. Januar 2000

Auslandskinderzuschlag (§ 56)
(Monatsbeträge in DM je Kind)

nach § 56 Abs. 1 Nr. 1													nach § 56 Abs. 1 Nr. 2
Besoldungs- gruppe	Stufe des Auslandszuschlags												
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	
A 1 bis A 16 B 1 bis B 11	231	265	299	332	367	401	434	468	501	537	570	602	231

Anlage 4
(Anlage VIII des BBesG)

Gültig ab 1. März 1999

Anwärtergrundbetrag
(Monatsbeträge in DM)

Eingangsamtsamt, in das der Anwärter nach Abschluss des Vorbereitungsdienstes unmittelbar eintritt	Grundbetrag
A 1 bis A 4	1 275,96
A 5 bis A 8	1 471,47
A 9 bis A 11	1 558,94
A 12	1 785,32
A 13	1 836,77
A 13 + Zulage (Nummer 27 Abs. 1 Buchstabe c der Vorbemerkungen zu den Bundesbesoldungsordnungen A und B) oder R 1	1 893,36

Anlage 5
(Anlage IX des BBesG)

Gültig ab 1. Juni 1999 für die Besoldungsordnung A, die Besoldungsgruppen C 1 bis C 3 sowie R 1 und R 2;
für die Besoldungsgruppen B 1 bis B 11, C 4 und R 3 bis R 10 ab 1. Januar 2000

Amtszulagen, Stellenzulagen, Zulagen, Vergütungen
(Monatsbeträge)

– in der Reihenfolge der Gesetzesstellen –

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Deutscher Mark, Vomhundert, Bruchteil	Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Deutscher Mark, Vomhundert, Bruchteil
Bundesbesoldungsgesetz		Nummer 7	
§ 44	bis zu 200,00	Die Zulage beträgt für Beamte und Soldaten der Besoldungsgruppen	12,5 v.H. des Endgrundgehalts oder, bei festen Gehältern, des Grundgehalts der Besoldungsgruppe*)
§ 48 Abs. 2	bis zu 200,00	A 1 bis A 5	A 5
§ 78	bis zu 150,00	A 6 bis A 9	A 9
Bundesbesoldungsordnungen A und B		A 10 bis A 13	A 13
Vorbemerkungen		A 14, A 15, B 1	A 15
Nummer 2 Abs. 2	250,00	A 16, B 2 bis B 4	B 3
Nummer 4	100,00	B 5 bis B 7	B 6
Nummer 4a	150,00	B 8 bis B 10	B 9
Nummer 5		B 11	B 11
Die Zulage beträgt für		Nummer 8	
Manschaften, Unteroffiziere/Beamte der Besoldungsgruppen A 5 und A 6	70,00	Die Zulage beträgt für Beamte der Besoldungsgruppen	
Unteroffiziere/Beamte der Besoldungsgruppen A 7 bis A 9	100,00	A 1 bis A 5	225,00
Offiziere/Beamte des gehobenen und höheren Dienstes	150,00	A 6 bis A 9	300,00
Nummer 5a		A 10 und höher	375,00
Abs. 1		Nummer 8a	
Buchstabe a	180,00	Die Zulage beträgt für Beamte der Besoldungsgruppen	
Buchstabe b	300,00	A 1 bis A 5	137,03
Buchstabe c	430,00	A 6 bis A 9	186,84
Abs. 2		A 10 bis A 13	230,43
Nr. 1 Buchstabe a	270,00	A 14 und höher	274,03
Buchstabe b	200,00	für Anwärter der Laufbahngruppe des mittleren Dienstes	99,66
Nr. 2 Buchstabe a	200,00	des gehobenen Dienstes	130,79
Buchstabe b	80,00	des höheren Dienstes	161,94
Nr. 3	130,00	Nummer 8b	
Nr. 4 und 5	120,00	Die Zulage beträgt für Beamte der Besoldungsgruppen	
Nr. 6 Buchstabe a	200,00	A 1 bis A 5	180,00
Buchstabe b	200,00	A 6 bis A 9	240,00
Nr. 7 Buchstabe a	200,00	A 10 bis A 13	300,00
Buchstabe b	80,00	A 14 und höher	360,00
Nr. 8 Buchstabe a	250,00	Nummer 9	
Buchstabe b	130,00	Die Zulage beträgt nach einer Dienstzeit	
Nr. 9	120,00	von einem Jahr	124,57
Nummer 6 Abs. 1		von zwei Jahren	249,14
Buchstabe a	900,00		
Buchstabe b	720,00		
Buchstabe c	576,00		
Nummer 6a	200,00		

*) Nach Maßgabe des Artikels 1 § 5 des Haushaltsstrukturgesetzes vom 18. Dezember 1975 (BGBl. I S. 3091).

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Deutscher Mark, Vomhundert, Bruchteil	Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Deutscher Mark, Vomhundert, Bruchteil
Nummer 9a		Besoldungsgruppen	Fußnote
Abs. 1		A 2	1 55,07
Buchstabe a	200,00		2 34,67
Buchstabe b	400,00		3 101,54
Buchstabe c	300,00		6 51,30
Abs. 2		A 3	1, 5 101,54
Buchstabe a	80,00		2 55,07
Buchstabe b	100,00	A 4	1, 4 101,54
Nummer 10 Abs. 1			2 55,07
Die Zulage beträgt		A 5	3 55,07
nach einer Dienstzeit			4, 6 101,54
von einem Jahr	124,57	A 6	6 55,07
von zwei Jahren	249,14	A 7	2 68,36
Nummer 12	186,84		5 50 v.H. des
Nummer 13a	bis zu 150,00		jeweiligen Unter-
Nummer 13c			schiedsbetrages
Die Zulage beträgt			zum Grundgehalt
für Beamte der Besoldungsgruppen			der Besoldungs-
A 1 bis A 7	90,00	A 8	2 88,11
A 8 bis A 11	120,00	A 9	2, 3, 6 409,89
A 12 bis A 15	140,00		7 8 v.H. des
A 16 und höher	180,00		Endgrundgehalts
Nummer 19 Satz 1	380,73		der Besoldungs-
Nummer 21	319,40	A 12	7, 8 238,06
Nummer 25	75,00	A 13	6 190,39
Nummer 26 Abs. 1			7 285,57
Die Zulage beträgt für Beamte			11, 12, 13 416,55
des mittleren Dienstes	33,34	A 14	5 285,57
des gehobenen Dienstes	75,00	A 15	7 285,57
Nummer 27		B 10	1, 2 659,94
Abs. 1			
Buchstabe a			
Doppelbuchstabe aa	29,47		
Doppelbuchstabe bb	115,33		
Buchstabe b	128,15		
Buchstabe c	128,15		
Abs. 2			
Buchstabe a			
Doppelbuchstabe bb	85,87		
Buchstabe b und c	128,15		
Nummer 30	45,00		

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Deutscher Mark, Vomhundert, Bruchteil	
Bundesbesoldungsordnung C		
Vorbemerkungen		
Nummer 2b		128,15
Nummer 3		
Die Zulage beträgt	12,5 v.H. des Endgrundgehalts oder, bei festen Gehältern, des Grundgehalts der Besoldungs- gruppe*)	
für Beamte der Besoldungsgruppe(n)		
C 1	A 13	
C 2	A 15	
C 3 und C 4	B 3	
Nummer 5		
wenn ein Amt ausgeübt wird		
der Besoldungsgruppe R 1		402,00
der Besoldungsgruppe R 2		450,00
Besoldungsgruppe	Fußnote	
C 2	1	204,04

*) Nach Maßgabe des Artikels 1 § 5 des Haushaltsstrukturgesetzes vom 18. Dezember 1975 (BGBl. I S. 3091).

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Deutscher Mark, Vomhundert, Bruchteil	
Bundesbesoldungsordnung R		
Vorbemerkungen		
Nummer 2		
Die Zulage beträgt	12,5 v.H. des Endgrundgehalts oder, bei festen Gehältern, des Grundgehalts der Besoldungs- gruppe*)	
a) bei Verwendung bei obersten Gerichtshöfen des Bundes für die Richter und Staatsanwälte der Besoldungsgruppe(n)		
R 1		R 1
R 2 bis R 4		R 3
R 5 bis R 7		R 6
R 8 bis R 10		R 9
b) bei Verwendung bei obersten Bundesbehörden oder bei obersten Gerichtshöfen des Bundes, wenn ihnen kein Richter- amt übertragen ist, für die Richter und Staatsanwälte der Besoldungsgruppe(n)		
R 1		A 15
R 2 bis R 4		B 3
R 5 bis R 7		B 6
R 8 bis R 10		B 9
Nummer 4		75,00
Besoldungsgruppen	Fußnote	
R 1	1, 2	315,76
R 2	3 bis 8, 10	315,76
R 3	3	315,76
R 8	2	631,38

Anlage 6

(Anlage IV des BBesG)

Gültig ab 1. Juni 1999

1. Bundesbesoldungsordnung A**Grundgehaltssätze**
(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	2-Jahres-Rhythmus				3-Jahres-Rhythmus				4-Jahres-Rhythmus			
	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1	2 175,96	2 231,83	2 287,70	2 343,57	2 399,45	2 455,32	2 511,18					
A 2	2 295,49	2 350,93	2 406,36	2 461,81	2 517,25	2 572,70	2 628,14					
A 3	2 391,23	2 450,22	2 509,22	2 568,21	2 627,20	2 686,20	2 745,19					
A 4	2 445,55	2 515,01	2 584,46	2 653,92	2 723,37	2 792,82	2 862,28					
A 5	2 465,31	2 554,23	2 623,34	2 692,42	2 761,52	2 830,62	2 899,71	2 968,81				
A 6	2 523,67	2 599,55	2 675,42	2 751,28	2 827,15	2 903,02	2 978,90	3 054,76	3 130,63			
A 7	2 634,60	2 702,79	2 798,25	2 893,72	2 989,17	3 084,64	3 180,09	3 248,28	3 316,47	3 384,68		
A 8		2 799,65	2 881,21	3 003,56	3 125,89	3 248,23	3 370,58	3 452,14	3 533,70	3 615,27	3 696,82	
A 9		2 982,80	3 063,04	3 193,60	3 324,18	3 454,74	3 585,31	3 675,07	3 764,83	3 854,60	3 944,36	
A 10		3 213,97	3 325,50	3 492,78	3 660,07	3 827,36	3 994,64	4 106,17	4 217,70	4 329,21	4 440,74	
A 11			3 704,86	3 876,28	4 047,69	4 219,11	4 390,52	4 504,80	4 619,07	4 733,36	4 847,64	4 961,91
A 12			3 984,41	4 188,79	4 393,14	4 597,51	4 801,89	4 938,13	5 074,38	5 210,61	5 346,87	5 483,11
A 13			4 484,80	4 705,50	4 926,18	5 146,86	5 367,55	5 514,67	5 661,80	5 808,92	5 956,04	6 103,17
A 14			4 667,64	4 953,82	5 240,00	5 526,17	5 812,34	6 003,13	6 193,93	6 384,71	6 575,50	6 766,28
A 15						6 077,01	6 391,65	6 643,36	6 895,07	7 146,79	7 398,49	7 650,21
A 16						6 711,86	7 075,76	7 366,87	7 658,00	7 949,11	8 240,23	8 531,35

Gültig ab 1. Januar 2000

2. Bundesbesoldungsordnung B**Grundgehaltssätze**
(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	
B 1	7 650,21
B 2	8 899,67
B 3	9 428,60
B 4	9 982,60
B 5	10 618,18
B 6	11 218,39
B 7	11 802,24
B 8	12 410,79
B 9	13 166,37
B 10	15 512,70
B 11	16 835,97

Gültig ab 1. Juni 1999 für die Besoldungsgruppen C 1 bis C 3; für die Besoldungsgruppe C 4 ab 1. Januar 2000

3. Bundesbesoldungsordnung C

Grundgehaltssätze (Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	Stufe														
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
C 1	4 190,55	4 337,68	4 484,80	4 631,93	4 779,06	4 926,18	5 073,29	5 220,43	5 367,55	5 514,67	5 661,80	5 808,92	5 956,04	6 103,17	
C 2	4 199,72	4 434,20	4 668,67	4 903,14	5 137,61	5 372,07	5 606,55	5 841,02	6 075,48	6 309,96	6 544,42	6 778,88	7 013,35	7 247,83	7 482,29
C 3	4 624,62	4 890,10	5 155,58	5 421,07	5 686,55	5 952,04	6 217,52	6 483,01	6 748,50	7 013,98	7 279,46	7 544,95	7 810,43	8 075,93	8 341,40
C 4	5 874,49	6 141,36	6 408,24	6 675,12	6 942,00	7 208,87	7 475,75	7 742,62	8 009,49	8 276,36	8 543,25	8 810,12	9 077,00	9 343,87	9 610,76

Gültig ab 1. Juni 1999 für die Besoldungsgruppen R 1 und R 2; für die Besoldungsgruppen R 3 bis R 10 ab 1. Januar 2000

4. Bundesbesoldungsordnung R

Grundgehaltssätze (Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
	Lebensalter											
	27	29	31	33	35	37	39	41	43	45	47	49
R 1	4 816,35	5 037,03	5 153,23	5 452,93	5 752,61	6 052,31	6 352,01	6 651,69	6 951,39	7 251,09	7 550,78	7 850,47
R 2			5 870,62	6 170,32	6 470,00	6 769,70	7 069,40	7 369,09	7 668,79	7 968,48	8 268,18	8 567,86
R 3	9 428,60											
R 4	9 982,60											
R 5	10 618,18											
R 6	11 218,39											
R 7	11 802,24											
R 8	12 410,79											
R 9	13 166,37											
R 10	16 181,58											

Anlage 7
(Anlage V des BBesG)

Gültig ab 1. Juni 1999 für die Besoldungsordnung A,
die Besoldungsgruppen C 1 bis C 3 sowie R 1 und R 2;
für die Besoldungsgruppen B 1 bis B 11, C 4 und R 3 bis R 10
ab 1. Januar 2000

Familienzuschlag
(Monatsbeträge in DM)

	Stufe 1 (§ 40 Abs. 1)	Stufe 2 (§ 40 Abs. 2)
Besoldungsgruppen A 1 bis A 8	156,02	296,20
übrige Besoldungsgruppen	163,86	304,04

Bei mehr als einem Kind erhöht sich der Familienzuschlag für das zweite zu berücksichtigende Kind um 140,18 DM, für das dritte und jedes weitere zu berücksichtigende Kind um 185,94 DM.

Erhöhungsbeträge für Besoldungsgruppen A 1 bis A 5

Der Familienzuschlag der Stufe 2 erhöht sich für das erste zu berücksichtigende Kind in den Besoldungsgruppen A 1 bis A 5 um je 8,65 DM, ab Stufe 3 für jedes weitere zu berücksichtigende Kind

in den Besoldungsgruppen A 1 bis A 3 um je 43,25 DM,

in Besoldungsgruppe A 4 um je 34,60 DM

und in Besoldungsgruppe A 5 um je 25,95 DM.

Soweit dadurch im Einzelfall die Besoldung hinter derjenigen aus einer niedrigeren Besoldungsgruppe zurückbleibt, wird der Unterschiedsbetrag zusätzlich gewährt.

Anrechnungsbetrag nach § 39 Abs. 2 Satz 1

- in den Besoldungsgruppen A 1 bis A 8: 145,06 DM
- in den Besoldungsgruppen A 9 bis A 12: 153,99 DM

Anlage 8
(Anlage VIII des BBesG)

Gültig ab 1. März 1999

Anwärtergrundbetrag
(Monatsbeträge in DM)

Eingangsamtsamt, in das der Anwärter nach Abschluss des Vorbereitungsdienstes unmittelbar eintritt	Grundbetrag
A 1 bis A 4	1 103,71
A 5 bis A 8	1 272,82
A 9 bis A 11	1 348,48
A 12	1 544,30
A 13	1 588,81
A 13 + Zulage	
(Nummer 27 Abs. 1 Buchstabe c der Vorbemerkungen zu den Bundesbesoldungsordnungen A und B) oder R 1	1 637,76

Anlage 9

(Anlage IX des BBesG)

Gültig ab 1. Juni 1999 für die Besoldungsordnung A, die Besoldungsgruppen C 1 bis C 3 sowie R 1 und R 2; für die Besoldungsgruppen B 1 bis B 11, C 4 und R 3 bis R 10 ab 1. Januar 2000

Amtszulagen, Stellenzulagen, Zulagen, Vergütungen
(Monatsbeträge)

– in der Reihenfolge der Gesetzesstellen –

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Deutscher Mark, Vomhundert, Bruchteil	Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Deutscher Mark, Vomhundert, Bruchteil
Bundesbesoldungsgesetz		Nummer 7	
§ 44	bis zu 173,00	Die Zulage beträgt für Beamte und Soldaten der Besoldungsgruppen	12,5 v.H. des Endgrundgehalts oder, bei festen Gehältern, des Grundgehalts der Besoldungsgruppe*)
§ 48 Abs. 2	bis zu 173,00	A 1 bis A 5	A 5
§ 78	bis zu 129,75	A 6 bis A 9	A 9
Bundesbesoldungsordnungen A und B		A 10 bis A 13	A 13
Vorbemerkungen		A 14, A 15, B 1	A 15
Nummer 2 Abs. 2	216,25	A 16, B 2 bis B 4	B 3
Nummer 4	86,50	B 5 bis B 7	B 6
Nummer 4a	129,75	B 8 bis B 10	B 9
Nummer 5		B 11	B 11
Die Zulage beträgt für		Nummer 8	
Mannschaften,		Die Zulage beträgt	
Unteroffiziere/Beamte		für Beamte der Besoldungsgruppen	
der Besoldungsgruppen A 5 und A 6	60,55	A 1 bis A 5	194,63
Unteroffiziere/Beamte		A 6 bis A 9	259,50
der Besoldungsgruppen A 7 bis A 9	86,50	A 10 und höher	324,38
Offiziere/Beamte des gehobenen		Nummer 8a	
und höheren Dienstes	129,75	Die Zulage beträgt	
Nummer 5a		für Beamte der Besoldungsgruppen	
Abs. 1		A 1 bis A 5	118,53
Buchstabe a	155,70	A 6 bis A 9	161,62
Buchstabe b	259,50	A 10 bis A 13	199,32
Buchstabe c	371,95	A 14 und höher	237,04
Abs. 2		für Anwärter der Laufbahngruppe	
Nr. 1 Buchstabe a	233,55	des mittleren Dienstes	86,21
Buchstabe b	173,00	des gehobenen Dienstes	113,13
Nr. 2 Buchstabe a	173,00	des höheren Dienstes	140,08
Buchstabe b	69,20	Nummer 8b	
Nr. 3	112,45	Die Zulage beträgt	
Nr. 4 und 5	103,80	für Beamte der Besoldungsgruppen	
Nr. 6 Buchstabe a	173,00	A 1 bis A 5	155,70
Buchstabe b	173,00	A 6 bis A 9	207,60
Nr. 7 Buchstabe a	173,00	A 10 bis A 13	259,50
Buchstabe b	69,20	A 14 und höher	311,40
Nr. 8 Buchstabe a	216,25	Nummer 9	
Buchstabe b	112,45	Die Zulage beträgt	
Nr. 9	103,80	nach einer Dienstzeit	
Nummer 6 Abs. 1		von einem Jahr	107,76
Buchstabe a	778,50	von zwei Jahren	215,52
Buchstabe b	622,80		
Buchstabe c	498,24		
Nummer 6a	173,00		

*) Nach Maßgabe des Artikels 1 § 5 des Haushaltsstrukturgesetzes vom 18. Dezember 1975 (BGBl. I S. 3091) in Verbindung mit § 2 Abs. 1 der Zweiten Besoldungs-Übergangsverordnung vom 21. Juni 1991 (BGBl. I S. 1345).

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Deutscher Mark, Vomhundert, Bruchteil	Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Deutscher Mark, Vomhundert, Bruchteil
Nummer 9a		Besoldungsgruppen	Fußnote
Abs. 1		A 2	1 47,64
Buchstabe a	173,00		2 29,99
Buchstabe b	346,00		3 87,83
Buchstabe c	259,50		6 44,37
Abs. 2		A 3	1, 5 87,83
Buchstabe a	69,20		2 47,64
Buchstabe b	86,50	A 4	1, 4 87,83
Nummer 10 Abs. 1			2 47,64
Die Zulage beträgt		A 5	3 47,64
nach einer Dienstzeit			4, 6 87,83
von einem Jahr	107,76	A 6	6 47,64
von zwei Jahren	215,52	A 7	2 59,13
Nummer 12	161,62		5 50 v.H. des
Nummer 13a	bis zu 129,75		jeweiligen Unter-
Nummer 13c			schiedsbetrages
Die Zulage beträgt		A 8	zum Grundgehalt
für Beamte der Besoldungsgruppen		A 9	der Besoldungs-
A 1 bis A 7	77,85		gruppe A 8
A 8 bis A 11	103,80		2 76,22
A 12 bis A 15	121,10		2, 3, 6 354,55
A 16 und höher	155,70		7 8 v.H. des
Nummer 19 Satz 1	329,33		Endgrundgehalts
Nummer 21	276,28	A 12	der Besoldungs-
Nummer 25	64,88	A 13	gruppe A 9
Nummer 26 Abs. 1			7, 8 205,92
Die Zulage beträgt für Beamte			6 164,69
des mittleren Dienstes	28,84		7 247,02
des gehobenen Dienstes	64,88	A 14	11, 12, 13 360,32
Nummer 27		A 15	5 247,02
Abs. 1		B 10	7 247,02
Buchstabe a			1, 2 570,85
Doppelbuchstabe aa	25,49		
Doppelbuchstabe bb	99,76		
Buchstabe b	110,85		
Buchstabe c	110,85		
Abs. 2			
Buchstabe a			
Doppelbuchstabe bb	74,28		
Buchstabe b und c	110,85		
Nummer 30	38,93		

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Deutscher Mark, Vomhundert, Bruchteil
Bundesbesoldungsordnung C	
Vorbemerkungen	
Nummer 2b	110,85
Nummer 3	
Die Zulage beträgt	12,5 v.H. des Endgrundgehalts oder, bei festen Gehältern, des Grundgehalts der Besoldungs- gruppe*)
für Beamte der Besoldungsgruppe(n)	
C 1	A 13
C 2	A 15
C 3 und C 4	B 3
Nummer 5	
wenn ein Amt ausgeübt wird	
der Besoldungsgruppe R 1	347,73
der Besoldungsgruppe R 2	389,25
Besoldungsgruppe	Fußnote
C 2	1 176,49

*) Nach Maßgabe des Artikels 1 § 5 des Haushaltsstrukturgesetzes vom 18. Dezember 1975 (BGBl. I S. 3091) in Verbindung mit § 2 Abs. 1 der Zweiten Besoldungs-Übergangsverordnung vom 21. Juni 1991 (BGBl. I S. 1345).

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Deutscher Mark, Vomhundert, Bruchteil
Bundesbesoldungsordnung R	
Vorbemerkungen	
Nummer 2	
Die Zulage beträgt	12,5 v.H. des Endgrundgehalts oder, bei festen Gehältern, des Grundgehalts der Besoldungs- gruppe*)
a) bei Verwendung bei obersten Gerichtshöfen des Bundes für die Richter und Staatsanwälte der Besoldungsgruppe(n)	
R 1	R 1
R 2 bis R 4	R 3
R 5 bis R 7	R 6
R 8 bis R 10	R 9
b) bei Verwendung bei obersten Bundesbehörden oder bei obersten Gerichtshöfen des Bundes, wenn ihnen kein Richter- amt übertragen ist, für die Richter und Staatsanwälte der Besoldungsgruppe(n)	
R 1	A 15
R 2 bis R 4	B 3
R 5 bis R 7	B 6
R 8 bis R 10	B 9
Nummer 4	64,88
Besoldungsgruppen	Fußnote
R 1	1, 2 273,13
R 2	3 bis 8, 10 273,13
R 3	3 273,13
R 8	2 546,14

Hinweis auf das Bundesgesetzblatt Teil II**Nr. 30, ausgegeben am 17. November 1999**

Tag	Inhalt	Seite
2. 11. 99	Fünfundzwanzigste Verordnung über Ausnahmen von den Vorschriften der Anlagen A und B zu dem Europäischen Übereinkommen über die internationale Beförderung gefährlicher Güter auf der Straße (ADR) (25. ADR-Ausnahmereverordnung – 25. ADR-AusnV)	986
16. 9. 99	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des deutsch-indonesischen Abkommens über die Seeschifffahrt	1004
27. 9. 99	Bekanntmachung des deutsch-kasachischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit (1997) ..	1004
28. 9. 99	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Basler Übereinkommens über die Kontrolle der grenzüberschreitenden Verbringung gefährlicher Abfälle und ihrer Entsorgung	1006
25. 10. 99	Bekanntmachung zur Änderung der Anwendungsbedingungen für das Flugsicherungs-Strecken-gebührensysteem und Zahlungsbedingungen nach dem Internationalen Übereinkommen über die Zusammenarbeit in der Flugsicherung (EUROCONTROL)	1007

Preis dieser Ausgabe: 7,40 DM (5,60 DM zuzüglich 1,80 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 8,50 DM.

Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7%.

Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postgirokonto Bundesgesetzblatt Köln 3 99-509 oder gegen Vorausrechnung.

Hinweis auf Rechtsvorschriften der Europäischen Gemeinschaften,

die mit ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften unmittelbare Rechtswirksamkeit in der Bundesrepublik Deutschland erlangt haben.

Aufgeführt werden nur die Verordnungen der Gemeinschaften, die im Inhaltsverzeichnis des Amtsblattes durch Fettdruck hervorgehoben sind.

Datum und Bezeichnung der Rechtsvorschrift	ABI. EG	
	– Ausgabe in deutscher Sprache – Nr./Seite	vom
27. 10. 99 Verordnung (EG) Nr. 2267/1999 der Kommission zur Festsetzung des endgültigen Beihilfebetrags für Mandarinen, Clementinen und Satsumas für das Wirtschaftsjahr 1998/1999	L 277/9	28. 10. 99
27. 10. 99 Verordnung (EG) Nr. 2268/1999 der Kommission betreffend die Einfuhr von Bananen im Rahmen der Zollkontingente und der traditionellen AKP-Bananen im ersten Quartal 2000	L 277/10	28. 10. 99
27. 10. 99 Verordnung (EG) Nr. 2269/1999 der Kommission zur Festsetzung von Durchschnittswerten je Einheit für die Ermittlung des Zollwerts bestimmter verderblicher Waren	L 277/12	28. 10. 99
12. 10. 99 Verordnung (EG) Nr. 2204/1999 der Kommission zur Änderung des Anhangs I der Verordnung (EWG) Nr. 2658/87 des Rates über die zolltarifliche und statistische Nomenklatur sowie den Gemeinsamen Zolltarif	L 278/1	28. 10. 99
21. 10. 99 Verordnung (EG) Nr. 2278/1999 der Kommission mit Durchführungsbestimmungen zu der Verordnung (EWG) Nr. 3528/86 des Rates über den Schutz des Waldes in der Gemeinschaft gegen Luftverschmutzung	L 279/3	29. 10. 99
28. 10. 99 Verordnung (EG) Nr. 2279/1999 der Kommission über den Verkauf nicht verarbeiteter Trockenfeigen der Ernte 1998 aus Beständen der griechischen und spanischen Einlagerungsstellen zur Herstellung von Alkohol und Futtermitteln zu im Voraus festgesetzten Preisen	L 279/26	29. 10. 99

Herausgeber: Bundesministerium der Justiz – Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. – Druck: Bundesdruckerei GmbH, Zweigniederlassung Bonn.

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze sowie Verordnungen und sonstige Bekanntmachungen von wesentlicher Bedeutung, soweit sie nicht im Bundesgesetzblatt Teil II zu veröffentlichen sind.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

a) völkerrechtliche Übereinkünfte und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,

b) Zolltarifvorschriften.

Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben:

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H., Postfach 13 20, 53003 Bonn

Telefon: (02 28) 3 82 08 - 0, Telefax: (02 28) 3 82 08 - 36.

Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich je 88,00 DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 2,80 DM zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Januar 1998 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postgirokonto Bundesgesetzblatt Köln 3 99-509, BLZ 370 100 50, oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 7,40 DM (5,60 DM zuzüglich 1,80 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 8,50 DM.

Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7%.

ISSN 0341-1095

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. · Postfach 13 20 · 53003 Bonn

Postvertriebsstück · Deutsche Post AG · G 5702 · Entgelt bezahlt

Datum und Bezeichnung der Rechtsvorschrift		ABI. EG	
		– Ausgabe in deutscher Sprache – Nr./Seite vom	
28. 10. 99	Verordnung (EG) Nr. 2280/1999 der Kommission zur Abweichung von der Verordnung (EG) Nr. 1371/95 hinsichtlich des Tags der Erteilung der Ausfuhrlicenzen im Sektor Eier während der Woche vom 1. bis 7. November 1999	L 279/29	29. 10. 99
28. 10. 99	Verordnung (EG) Nr. 2281/1999 der Kommission zur Abweichung von der Verordnung (EG) Nr. 1372/95 hinsichtlich des Tags der Erteilung der Ausfuhrlicenzen im Sektor Geflügelfleisch während der Woche vom 1. bis 7. November 1999	L 279/30	29. 10. 99
—	Berichtigung des Beschlusses der EFTA-Überwachungsbehörde Nr. 162/1999/KOL vom 9. Juli 1999 zur Befreiung Norwegens von der Verpflichtung, auf bestimmte Arten die Richtlinie über den Verkehr mit Saatgut von Öl- und Faserpflanzen (Richtlinie 69/208/EWG des Rates) anzuwenden, auf die in Anhang I zum Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum, Kapitel III Punkt 1.4, Bezug genommen wird (ABl. L 277 vom 28. 10. 1999)	L 279/67	29. 10. 99
22. 10. 99	Verordnung (EG) Nr. 2316/1999 der Kommission mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EG) Nr. 1251/1999 des Rates zur Einführung einer Stützungsregelung für Erzeuger bestimmter landwirtschaftlicher Kulturpflanzen	L 280/43	30. 10. 99
29. 10. 99	Verordnung (EG) Nr. 2317/1999 der Kommission zur Änderung einer Angabe in der Spezifikation der Bezeichnung „Idiazábal“ im Anhang der Verordnung (EG) Nr. 1107/96 zur Eintragung geographischer Angaben und Ursprungsbezeichnungen gemäß dem Verfahren nach Artikel 17 der Verordnung (EG) Nr. 2081/92 des Rates	L 280/66	30. 10. 99
29. 10. 99	Verordnung (EG) Nr. 2318/1999 der Kommission zur Abweichung von der Verordnung (EG) Nr. 1370/95 hinsichtlich des Zeitpunkts der Erteilung von Lizenzen für die Ausfuhr von Schweinefleischzeugnissen	L 280/67	30. 10. 99
29. 10. 99	Verordnung (EG) Nr. 2319/1999 der Kommission über die Zuteilung von Lizenzen für die Ausfuhr von Käse nach den Vereinigten Staaten von Amerika im Jahr 2000 im Rahmen bestimmter Quoten der GATT-Übereinkünfte	L 280/68	30. 10. 99
3. 11. 99	Verordnung (EG) Nr. 2335/1999 der Kommission zur Festsetzung der Vermarktungsnorm für Pfirsiche und Nektarinen	L 281/11	4. 11. 99
3. 11. 99	Verordnung (EG) Nr. 2336/1999 der Kommission zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1371/95 mit Durchführungsbestimmungen für die Ausfuhrlicenzen im Sektor Eier	L 281/16	4. 11. 99
3. 11. 99	Verordnung (EG) Nr. 2337/1999 der Kommission zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1372/95 mit Durchführungsbestimmungen für die Ausfuhrlicenzen im Sektor Geflügelfleisch	L 281/21	4. 11. 99